

Fragen eine andere Meinung über das Wesen und die Rolle des deutschen Imperialismus als die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Wir verurteilen die Stellungnahme der Bundestagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in der an die jungen Arbeiter die Aufforderung gerichtet wird, sich freiwillig für die NATO-Armee zu melden und sich dem Kommando der mit Atomwaffen hantierenden Nazikriegsverbrecher zu unterstellen. Auch von den meisten sozialdemokratischen Arbeitern und von vielen SPD-Funktionären und Abgeordneten wird diese Haltung verschiedener bürgerlicher Politiker in der SPD-Führung nicht gebilligt, weil sie ehrlich gegen die militaristisch-klerikale Herrschaft der Adenauer-Regierung kämpfen wollen.

*Wir begrüßen es, daß immer mehr sozialdemokratische Mitglieder entschieden gegen die Politik des kalten Krieges auf treten und sich für eine realistische Verständigungspolitik mit der Deutschen Demokratischen Republik einsetzen.*

In Westdeutschland und Westberlin hat sich eine solche Lage herausgebildet, daß sich zahlreiche Wissenschaftler, insbesondere die Kernphysiker, und viele bürgerliche Politiker mutig gegen die Atomkriegspolitik der herrschenden Kreise Westdeutschlands wenden. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn wir feststellen, daß große Teile des Bürgertums Westdeutschlands von der sturen Politik Adenauers abrücken und einen Weg suchen, um aus der Sackgasse der Bonner Atompolitiker herauszukommen.

*Angesichts einer solchen Lage hängt alles ab vom Auftreten der Arbeiterklasse ganz Deutschlands.*

Wir sind der Meinung, daß nach den zahlreichen Besprechungen zwischen bürgerlichen Politikern mit Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik auch ein offener Meinungsaustausch in der deutschen Arbeiterklasse und zwischen den Arbeiterorganisationen stattfinden muß.

Es ist Ihnen bekannt, daß im Rahmen des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland bereits ein sachlicher Meinungsaustausch zwischen Vertretern der verschiedensten Kreise Westdeutschlands und der Deutschen Demokratischen Republik begonnen hat. Wir können nicht annehmen, daß es dagegen in Ihren Reihen grundsätzliche Einwendungen gibt, zumal der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands selbst auch damit rechnet, daß Verhandlungen zwischen Vertretern beider deutscher Staaten unvermeidlich sind. Soweit uns weiterhin bekannt ist, will sich der Parteivorstand